

so wie sie vor allem seit der ‚Leipziger Erklärung‘ aus dem Jahr 1990 gewachsen ist, wiedergeben. Eines der wesentlichen Ziele in der Satzung des Vereins heißt: „Der Verein will die Begegnung von Juden und Christen fördern.“ Dieses Ziel kommt nun unmittelbar im Namen zum Ausdruck.

Der alte Name ‚Zeugnis und Dienst unter Juden und Christen‘ hatte sich mehr und mehr als mißverständlich herausgestellt. Für jüngere Menschen und der Kirche ferner Stehende sind die theologisch gefüllten Begriffe ‚Zeugnis‘ und ‚Dienst‘ nicht unmittelbar verständlich und brauchen eine Erläuterung; auf jüdischer Seite haben sie immer wieder auch den Verdacht geweckt, hier werde unter einem anderen Etikett Judenmission betrieben.

Der Verein weiß sich mit der Namensänderung in Einklang mit der EKD-Studie ‚Christen und Juden III‘, wenn diese ausführt: „Der Begriff ‚Begegnung‘ ... stellt die tiefe personale Dimension der Beziehung heraus. In einer Begegnung bleibt für die Dominanz des einen über den anderen Partner kein Raum, wohl aber für den gegenseitigen Respekt, für die Achtung vor der Überlieferung, in der der Partner steht, und vor den Überzeugungen, zu denen er gelangt ist. Vor allem aber ist der Begriff ‚Begegnung‘ auch offen für Gott, der über beiden Partnern steht und dem gegenüber beide verantwortlich sind und bleiben.“

Wortlaut in: Erklärung zur Namensänderung. Pressemitteilung des Beauftragten für Christen und Juden Niedersachsen, Pastor W. Raupach-Rudnick vom 25.9.2000.

E.III.75'

SYNODE

DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND

Kundgebung zu Christen und Juden. 50 Jahre Erklärung von Weißensee vom 9. November 2000

Auf ihrer 5. Tagung vom 5.–10. November 2000 in Braunschweig hat die Synode der EKD u.a. eine Kundgebung zum Thema Christen und Juden und eine Kundgebung zum Thema antisemitische Ausschreitungen abgegeben. In der erstgenannten Kundgebung erinnert die Synode an die Erklärung von Berlin-Weißensee (→ Bd. I, E.III.12), in der der Auffassung, Israel sei von Gott verworfen und die Kirche habe Israel ersetzt, widersprochen wurde. Die neuerliche Kundgebung versteht sich als eine Fortschreibung der Ausführungen von 1950 und der Studien des Rates der EKD zum Thema Christen und Juden (1975/1991/2000; → Bd. I, E.III.19; → E.III.24'; → E.III.72') – wenngleich sie in ihren konkreten inhaltlichen Aussagen etwa zum christlichen Selbstverständnis hinter den durch die EKD-Studien II und III gesetzten Maßstäben zurückbleiben muß.

Die Kundgebung zu den antisemitischen Ausschreitungen findet ihren bedauer-

lichen aktuellen Anlaß in rechtsextremen Übergriffen des Jahres 2000. Die Synode begnügt sich jedoch nicht damit, den Antisemitismus zu verurteilen, sondern stellt das Eintreten gegen Antisemitismus in den größeren Kontext des christlich-jüdischen Verhältnisses, indem sie betont, daß Christen und Juden gemeinsam Zeugen des Schöpfergottes und Verteidiger der Würde des Menschen sind. Die Generalsynode der Vereinigten Evang.-Luth. Kirche Deutschlands hat am 18. Oktober 2000 eine Entschließung zu den antisemitischen Anschlägen veröffentlicht (vgl. zur Sache auch CJ.13').

Vor 50 Jahren erklärte die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 2. Tagung in Berlin-Weißensee:

„Wir glauben an den Herrn und Heiland, der als Mensch aus dem Volk Israel stammt. Wir bekennen uns zur Kirche, die aus Judenchristen und Heidenchristen zu einem Leib zusammengefügt ist und deren Friede Jesus Christus ist. Wir glauben, daß Gottes Verheißung über dem von ihm erwählten Volk Israel auch nach der Kreuzigung Jesu Christi in Kraft geblieben ist.“

Erstmals hat damit eine evangelische Synode der auch in der evangelischen Kirche weit verbreiteten Auffassung, nach der das Volk Israel von Gott verworfen und durch die Kirche als das wahre Israel ersetzt sei, widersprochen und ihr die Überzeugung entgegengestellt, dass die Verheißung Gottes über dem erwählten Volk in Kraft geblieben sei.

Zugleich hat sie erklärt:

„Wir sprechen es aus, daß wir durch Unterlassen und Schweigen vor dem Gott der Barmherzigkeit mitschuldig geworden sind an dem Frevel, der durch Menschen unseres Volkes an den Juden begangen worden ist.“

Damit hat die Synode die Mitschuld der Kirche an der Verfolgung und Ermordung des europäischen Judentums bekannt. Zugleich hat sie die Warnung ausgesprochen,

„das, was über uns Deutsche als Gericht Gottes gekommen ist, aufrechnen zu wollen gegen das, was wir an den Juden getan haben“.

Wir weisen alle Versuche zurück, einen Schlusstrich unter unsere deutsche Geschichte bis 1945 zu ziehen.

Wir führen - auf der Grundlage der Studien des Rates der EKD „Christen und Juden“ I (1975), II (1991) und III (2000) sowie der Synodalerklärungen zahlreicher Gliedkirchen und gliedkirchlicher Verbände zur Neubestimmung ihres Verhältnisses zu Israel – die Erklärung von 1950 fort:

Nicht nur durch „Unterlassen und Schweigen“ ist die Kirche schuldig geworden. Vielmehr ist sie durch die unheilvolle Tradition der Entfremdung und Feindschaft gegenüber den Juden hineinverflochten in die systematische Vernichtung des europäischen Judentums. Diese theologische Tradition hat nach 1945 Versuche zu einer Neubestimmung ihres Verhältnisses zum jüdischen Volk belastet und hinausgezögert.

Heute können wir aussprechen:

1. Wir glauben, dass Gott, der Schöpfer und Herr der Welt, in Jesus Christus „unser Vater“, Israel als sein Volk erwählt hat. Er hat sich für immer an Israel gebunden und bleibt ihm in der Kontinuität von biblischem Israel und jüdischem Volk treu. Die Jüdinnen und Juden sind uns Zeugen der Treue Gottes.

